Hinweise zur steuerlichen Behandlung Ihrer Versicherung (Betriebliche Altersversorgung)

Die nachfolgenden Hinweise, wie Ihre Versicherung steuerlich behandelt wird, beruhen auf den zurzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen

Steuerliche Behandlung beim Arbeitgeber

a) Steuerliche Behandlung der Beiträge

Die Beiträge des Arbeitgebers sind als Betriebsausgaben abzugsfähig.

b) Steuerliche Behandlung der Leistungen

Leistungen aus dieser Versicherung sind als Betriebseinnahmen zu erfassen, soweit sie dem Arbeitgeber zustehen.

Steuerliche Behandlung beim Arbeitnehmer

a) Lohn- bzw. einkommensteuerliche Behandlung der Beiträge

Beiträge, die ein inländischer Arbeitgeber zu dieser Versicherung zahlt, stellen steuerlich betrachtet Arbeitslohn dar und unterliegen damit grundsätzlich der Lohn- bzw. Einkommensteuerpflicht. Beiträge aus dem ersten Dienstverhältnis sind in Höhe von bis zu 4 % der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung steuerfrei. Für Versorgungszusagen, die nach dem 31.12.2004 erteilt werden, besteht darüber hinaus zusätzlich ein Steuerfreibetrag von maximal 1.800 EUR jährlich. Sofern Beiträge aufgrund einer bereits vor dem 01.01.2005 bestehenden betrieblichen Altersversorgung nach altem Recht pauschal versteuert werden, entfällt, unabhängig von der Höhe der Beiträge, die Möglichkeit der Inanspruchnahme des Aufstockungsbetrages von 1.800 EUR. Das zuvor Ausgeführte gilt auch für Beiträge, die aus Entgeltumwandlung stammen.

Sieht das von Ihnen abgeschlossene Produkt die steuerliche Förderung nach §§ 10a und 79 ff. EStG (AVmG-Förderung) vor und nimmt der Arbeitnehmer diese Förderung in Anspruch, sind die Beiträge aus individuell versteuertem Arbeitslohn zu zahlen. Die steuerliche Förderung besteht aus staatlichen Zulagen, die der Arbeitnehmer über uns beantragt. Wir leiten den Antrag an die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) weiter. Dort werden die Zulagen ermittelt und uns zur Weiterleitung auf den Vertrag überwiesen. Daneben kann der Arbeitnehmer die Beiträge und Zulagen bei der Veranlagung zur Einkommensteuer als Sonderausgaben geltend machen. Das Finanzamt prüft, welches Verfahren für den Arbeitnehmer günstiger ist.

Führt der Arbeitnehmer, der aus dem Unternehmen ausgeschieden ist, den Vertrag als Versicherungsnehmer und mit eigenen Beiträgen fort, so ist die AVmG-Förderung der eigenen Beiträge möglich, wenn das abgeschlossene Produkt eine AVmG-Förderung vorsieht und bereits vor dem Ausscheiden die AVmG-Förderung der Beiträge durchgeführt wurde oder die Beiträge durch Entgeltumwandlung ganz oder teilweise finanziert wurden. Ansonsten ist keine steuerliche Förderung der eigenen Beiträge des ausgeschiedenen Arbeitnehmers möglich.

b) Einkommensteuerrechtliche Behandlung der Leistungen

ba) Leistungen aus steuerfreien Beiträgen

Soweit Leistungen auf steuerfreien Beiträgen beruhen, werden sie als sonstige Einkünfte nach § 22 Nr. 5 EStG der Einkommensteuer unterworfen (nachgelagerte Besteuerung).

bb) Leistungen aus Beiträgen mit AVmG-Förderung

Soweit Leistungen auf Beiträgen mit AVmG-Förderung beruhen, werden sie als sonstige Einkünfte nach § 22 Nr. 5 EStG der Einkommensteuer unterworfen (nachgelagerte Besteuerung).

Werden Leistungen nicht in Form von Renten ausgezahlt, liegt eine schädliche Verwendung vor. Dann sind die Zulagen sowie ein eventuell gewährter Steuervorteil aufgrund des Sonderausgabenabzugs ganz oder teilweise von uns einzubehalten und an die ZfA abzuführen. Zusätzlich sind die Erträge steuerpflichtig.

Dies gilt nicht, soweit die Kapitaleistung auf einen auf den Namen des Ehegatten lautenden Altersvorsorgevertrag übertragen wird und im Zeitpunkt des Todes die Ehegatten die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 EStG (Zusammenveranlagung) erfüllt haben.

bc) Leistungen aus Beiträgen, die nicht steuerfreie Beiträge oder Beiträge mit AVmG-Förderung sind (sonstige Beiträge) Leibrenten aus einer Rentenversicherung, die sich aus sonstigen Beiträgen ergeben, unterliegen nur mit dem Ertragsanteil der Einkommensteuer.

c) Erbschaftsteuer

Leistungen aus dieser Versicherung an die Hinterbliebenen als Bezugsberechtigte des versicherten Arbeitnehmers unterliegen grundsätzlich nicht der Erbschaftsteuer, soweit es sich um Hinterbliebene im Sinne des Erbschaftsteuerrechts handelt. Dies sind der Ehegatte, mit dem der versicherte Arbeitnehmer zum Zeitpunkt seines Todes verheiratet war, und die Kinder. Die Leistungen an die Hinterbliebenen sind jedoch auf den Versorgungsfreibetrag anzurechnen.

Leistungen aus dieser Versicherung, die an Witwen oder Waisen von beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführern einer Kapitalgesellschaft gezahlt werden oder an Hinterbliebene, die keine Hinterbliebenen im Sinne des Erbschaftsteuerrechts sind, unterliegen unabhängig vom Rechtsgrund des Erwerbs stets der Erbschaftsteuer.

d) Hinweis zum versicherbaren Personenkreis für eine Hinterbliebenenversorgung

Die im Versicherungsschein genannten mitversicherten Personen für die Hinterbliebenenrenten- und/oder Waisenrenten-Zusatzversicherung sowie die Bezugsberechtigten für eine mögliche Hinterbliebenenleistung aus einer mitversicherten Beitragsrückgewähr/Todesfallleistung und/oder Rentengarantiezeit müssen dem Personenkreis angehören, für den im Sinne des BMF-Schreibens vom 17. November 2004 eine Hinterbliebenenvorsorge steuerlich unschädlich ist. Diesem Personenkreis gehören regelmäßig die Witwe des Arbeitnehmers oder der Witwer der Arbeitnehmerin und die Kinder im Sinne des § 32 Abs. 3 und 4 Satz 1 Nr. 1 bis 3 EStG (im Allgemeinen: die kindergeldberechtigten Kinder) an.